

DIE LINKE zu Besuch bei der GESOBAU

von Stefan Liebich, MdB, DIE LINKE

Auf Vorschlag der Reinickendorfer LINKEN fand am 11. Juli ein Gespräch von Vertretern der LINKEN mit der GESOBAU, dem größten Vermieter im Norden Berlins, statt. Von der LINKEN waren Stefan Liebich, Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Pankow, der sich immer auch um den Nachbarbezirk Reinickendorf kümmert, und Uwe Doering, bau- und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus, dabei. Yusuf Dogan, Reinickendorfer Kandidat für das Abgeordnetenhaus im Märkischen Viertel und Bezirksvorsitzender der LINKEN, der dieses Gespräch initiiert hatte, konnte leider aus terminlichen Gründen nicht teilnehmen, hatte aber wichtige Anregungen mit auf den Weg gegeben. Der Gastgeber, die GESOBAU, war durch Jörg Franzen, einer der zwei GESOBAU-Vorstände, und Lars Holborn, Leiter des Geschäftsbereichs Pankow und Weißensee, vertreten.

Energetische Sanierung im MV

Wir erfuhren viel Interessantes und nahmen Anregungen, Lob und Kritik für die Bundes- und Landespolitik mit. Ein wichtiger Gesprächs-

punkt waren die laufenden Arbeiten im Märkischen Viertel, in dem die GESOBAU 18.000 Wohnungen besitzt und 480 Mio. Euro investiert. Hierbei geht es nicht nur um die notwendigen Reparaturen, sondern auch um die von der Landes- und Bundespolitik gewünschten energetischen Sanierungen.

Wichtig war uns, im Gespräch darauf hinzuweisen, dass die Mieterinnen und Mieter über den Ablauf und die auf sie zukommenden Kosten genau informiert werden und gleichermaßen darauf hingewiesen wird, dass nach der Sanierung auch Entlastungen bei den Betriebskosten zu erwarten sind. Auch das in Berlin beliebte Thema der „Müllabwurfanlagen“, im Volksmund Müllschlucker genannt, kam zur Sprache.

Politische Verantwortung

In Pankow und Weißensee besitzt die GESOBAU 17 000 Wohnungen. Hier bot sich die Gelegenheit, über das Thema Gentrifizierung und die Verantwortung von Politik und kommunalen Gesellschaften zu diskutieren, in allen Teilen der Stadt bezahlbares Wohnen zu ermöglichen. Erfreulich ist, dass sich die GESOBAU



ihrer Verantwortung als kommunales Unternehmen bewusst ist und sich u.a. an der Initiative mehrwert Berlin beteiligt. Gut so und Augen auf beim Kreuzchen im September, denn nicht jede der Berliner Parteien sagt so klar wie DIE LINKE: Öffentlich, weil's besser ist - Städtische Wohnungsgesellschaften für eine soziale Wohnungspolitik nutzen!

Gut für Pankow, Reinickendorf und ganz Berlin.

Das Märkische Viertel von Lübars aus
Foto:
Lutz Dühr

Auszug aus den Wahlaussagen der LINKEN Reinickendorf für die BVV-Wahl

Wir wollen, dass jeder eine bezahlbare Wohnung findet und Menschen mit geringem Einkommen nicht aus ihrem Kiez gedrängt werden.

In Reinickendorf gibt es fast 133 000 Wohnungen, davon 16,3 Prozent in Besitz städtischer Wohnungsbaugesellschaften und weiterer 7,9 Prozent im Besitz von Genossenschaften.

Auch in Teilen Reinickendorfs steigen die Mieten stark an. Die Segregation (Entmischung der vielfältigen Einwohnerschaft) hat in Berlin begonnen. Reinickendorfer Großsiedlungen sind dabei Ziel von Menschen, die aus der Innenstadt verdrängt werden. Andererseits ist mit dem Wegfall des Flugbetriebs in Tegel mit einer Aufwertung der in der Einflugschneise liegenden Wohngebiete zu rechnen, was die Gefahr einer Verdrängung der jetzigen Anwohner mit sich bringt...

Für Reinickendorf bedeutet das: Vorhandene Belegungsbindungen sind zu erhalten und nutzen. Es muss genügend Wohnungen für Hartz-IV-Bezieher geben. Zwangsumzüge sind durch das JobCenter durch mieterfreundliche Anwendung der Ausführungsvorschrift Wohnen zu verhindern. Die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften Gesobau und Gewobag sollten per öffentlich-rechtlicher Vereinbarung auf wohnungs- und mietenpolitische Ziele verpflichtet werden.

Die Wahlaussagen der LINKEN Reinickendorf unter:
www.die-linke-reinickendorf.de/wahlen

Ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode!

Wie eine Badestelle für Populismus erhalten muss

Der Flughafensee in Tegel-Süd ist als Badestelle äußerst beliebt, auch weil es kein öffentliches Strandbad ist und es daher keinen Eintritt kostet. Dass es deshalb auch keine notwendige Infrastruktur gibt, nimmt man in Kauf. Verärgert sind dagegen manche Anwohner über die Hinterlassenschaften einiger Badegäste, (manche zelten dort auch) über deren Autos und deren Lärm auch abends. Dieser Ärger ist verständlich.

Die Reinickendorfer CDU sieht eine Lösung des Problems. Im April stellte sie einen Antrag an die BVV (Drs-Nr. 1445/XVIII), die Badestelle solle an das Südufer des Flughafensees umziehen. Nach Einstellung des Flugbetriebs im nächsten Jahr wäre das zugänglich.

Es liegt aber in einem 12 ha großen Naturschutzgebiet und in einem vom NABU betreuten Vogelschutzreservat! Wege dorthin gibt es noch nicht, es gehört ja noch zum Flughafengelände. Bedingt durch die Entstehung des Sees von 1953-78 als Kiesgrube für den Flughafen- und Autobahnbau gibt es am Südufer aber eine etwa 20 m hohe Steilwand von der Waldkante bis zum Seegrund. Es müssten also für einen Strand riesige Erdarbeiten vorgenom-

men werden. Für Baustadtrat Lambert (CDU) sind all diese Probleme trotzdem lösbar. Der politische Wille ist entscheidend! Das verlagerte Bad würde auch gut in das Landschaftsprogramm zur Nachnutzung von TXL passen.

All dies wurde im Ausschuss für Natur- und Grünplanung am 9. Juni angesprochen. Hier erläuterte auch Kurt Pohlan (SPD), der damals für die Errichtung des Sees und Herrichtung der Ufer verantwortlich war, die Probleme. Nur wenige Anwohner von Tegel-Süd wollen eine Verlagerung der Badestelle. Bewohner der Cité Guynemer wären bei einer Verlagerung nach Süden mit den Problemen, die in Tegel-Süd vorhanden sind, konfrontiert. Die „Reinickendorf-Partei“ will sie trotzdem!

Der Ausschuss für Natur- und Grünplanung lehnte den CDU-Antrag ab. Nun muss die BVV am 17. August entscheiden. Sollte der Antrag Erfolg haben, dann gäbe es zwei vermüllte und laute Badestellen am See. Wie will die CDU verhindern, dass die jetzige Badestelle nicht weiter genutzt wird? Durch Bewachung und einen Zaun? Könnte man heute schon haben, ohne Geldverschwendung und Naturzerstörung!

LINKE schlägt einen Runden Tisch vor

Das „Gesetz zur Regelung von Partizipation und Integration in Berlin“, vom Abgeordnetenhaus am 9. Dezember 2010 gebilligt, auferlegt auch den Berliner Bezirken konkrete Verpflichtungen. Wie bekannt, hat unser Bezirk auf dem Gebiet der Integrationspolitik Nachholbedarf.

Yusuf Dogan, Bezirksvorsitzender der Reinickendorfer LINKEN, wendet sich deshalb an die demokratischen Parteien im Bezirk, an die Kirchen, an Vereine und Verbände, an die GESOBAU, an die Integrationslotsinnen und andere Beratungsstellen, z. B. jene für Spätaussiedler, mit dem Vorschlag, sich gleich nach der Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung an einem **Runden Tisch** zu treffen und darüber zu beraten, wie und mit wem das Gesetz in Reinickendorf ganz praktisch umgesetzt werden kann.

Berliner Konsens:

Rote Karte für Rassismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

Die im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien (SPD, LINKE, CDU, B90/Grüne und FDP) fordern in einer gemeinsamen Erklärung die Berlinerinnen und Berliner auf, am 18. September 2011 wählen zu gehen. Denn eine hohe Wahlbeteiligung erschwere die Erfolge für rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien.

Sie wenden sich dagegen, diesen Parteien im Wahlkampf ein Podium zu geben. Mit Vertreter von diskriminierenden Positionen dürfe es „keine Diskussion auf Augenhöhe“ geben.

Speziell die Berliner Schulen werden aufgefordert: „Weder auf Veranstaltungen in Schulen noch auf den Schulhöfen darf für die menschenverachtende und rassistische Propaganda der NPD oder von Rechtspopulisten Platz sein.“ Es gelte, dieser in jeder Form entschieden entgegenzutreten.

Zur Erinnerung: DIE LINKE hatte durch ihren Bezirksvorsitzenden Yusuf Dogan angeregt, dass die demokratischen Parteien in der Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf sich wie 2006 auf ein ebensolches Vorgehen im Wahlkampf verständigen.

CDU auf SED-Pfaden
 Geht nicht, sagten Kluge Leute:
 Null mal null macht niemals zwei.
 Es muss und wird.
 Es muss und wird!
 So sagte die Partei.
 (nach Kuba, Stalin-Kantate, 1949)

Zur Bilanz der kommunalpolitischen Arbeit der LINKEN Reinickendorf 2006-2011

Der Bezirksvorstand der LINKEN, Bezirksvorsitzender Yusuf Dogan und andere Mitglieder des Bezirksvorstandes haben in politischen Erklärungen, Kommentaren, Leserbriefen o.ä. regelmäßig zu aktuellen Problemen in Reinickendorf Stellung genommen.

Mitglieder der LINKEN oder Sympathisanten haben in 43 von 53 Sitzungen der Reinickendorfer BVV insgesamt 59 **Einwohnerfragen** gestellt, allein Yusuf Dogan davon 24.

Die Themen der Einwohnerfragen waren (mit Überschneidungen):

- Demokratie, Bürgerbeteiligung (12),
- Soziale Fragen, Mieten, Öffentlicher Beschäftigungssektor (10),
- Integrationspolitik (9),
- Schulpolitik, Gemeinschaftsschule (9),
- Rechtsextremismus (6),
- Stadtentwicklung, vor allem Tegel (6),
- Nachnutzung von TXL (4),
- Umwelt, Kleingärten (4),
- Jugend (3),
- Kommunalpolitik und Frieden (1).

„WIR“ hat regelmäßig über die BVV-Sitzungen (BVV-Splitter, ausgewählte Beiträge) berichtet.

Ausführliche Informationen über alle BVV-Sitzungen wurden und werden auf der **Homepage** der LINKEN veröffentlicht.

K.G.

Mehr Information zur Politik in Reinickendorf, der Arbeit der BVV und der LINKEN Reinickendorf unter:
www.die-linke-reinickendorf.de/kommunales



Ein Linker mit Idealen für die BVV

Yusuf Dogan, Bezirksvorsitzender der LINKEN kandidiert

Yusuf Dogan - wer ist dieser „Berliner Junge“ mit türkischen Wurzeln, der die Juristerei studiert, sein Studium selbst finanziert, vielseitig interessiert und sportlich ist, mit emotionalem Hang zur lateinamerikanisch-karibischen Kultur?

Man kann sich ihm nähern, wenn man versucht, sein „Links-Sein“ zu verstehen. Er ist „links“ weil er Ungerechtigkeiten wahrnimmt, körperlich spürt, weil er sich als Mensch, als Teil des Ganzen betroffen und verantwortlich fühlt - für sich, seine Familie, seine Mitmenschen.

Sein politisches Idol ist der „Che“, Ernesto Guevara, der Medizinstudent aus Argentinien, der aufbrach, die Welt zu verändern. Der „Che“, der auch Unrecht empfand, dieses Gefühl in veränderndes Handeln umsetzte.

Für Yusuf, dem Che verbunden, bedeutet politische Arbeit immer auch Teil des Weges zu einem realistischen Traum, einer gerechten Welt, die keine Unterdrückten und keine Unterdrückter mehr kennt. Eine Welt, in

der die Völker der Welt im Frieden miteinander leben können - auch weil sie es inzwischen müssen.

Er möchte für DIE LINKE in die Reinickendorfer BVV einziehen. Es geht ihm um eine demokratisch legitimierte Interessenvertretung von unten, um den politischen Raum als Ort einer Diskussionskultur, der Gleichberechtigung und Gerechtigkeit als Teil eines Interessenausgleichs sieht, der integriert und nicht ausschließt. Er hat das stark unterentwickelte Demokratieverständnis der Reinickendorfer CDU in der BVV oft genug erlebt.

Yusuf weiß, dass „unsere“, die westliche Demokratie in eine kapitalistisch dominierte Wirtschaftsordnung eingebettet ist, die spätestens seit Yukushima an ökologische und ökonomische Grenzen stößt. „Mehr Demokratie wagen“ heißt heute auch, global zu denken, lokal zu handeln, mehr Mitbestimmung zu fordern und zu realisieren, Wirtschaft und Gesellschaft sozial und ökologisch



weiter zu entwickeln, unseren Kindern und Enkeln einen bewohnbaren, „gesunden“ Planeten zu überlassen, Menschen jeden Alters Bildungsgerechtigkeit zu gewähren, damit sie ihre Geschicke selbst lenken können - und vieles mehr.

Wenn man diese Erkenntnis als „links“ kennzeichnet, dann ist Yusuf Dogan ein Linker, ein demokratischer Sozialist, ein Utopist, ein Unzufriedener, aber eben auch ein Veränderer. So ist er ein bisschen wie sein Idol, der „Che“ - und so soll er bleiben.

Jürgen Schimrock

Mehr über die Kandidaten der LINKEN Reinickendorf für die Wahlen am 19. September unter: www.die-linke-reinickendorf.de/wahlen

Über Mauern hinweg

Anlässlich des 50. Jahrestages des Mauerbaus führte WiR ein Interview mit dem Direktkandidaten der Reinickendorfer LINKEN für das Abgeordnetenhaus, Wahlkreis 3, Werner Doblies.

Werner, Du bist am 12. August 1961 von der DDR-Ostseeküste nach Westberlin gefahren - und geblieben. Hast Du den Mauerbau kommen sehen?

Ich habe tatsächlich lange vorher damit gerechnet. Es gab viele Indizien. Aber spätestens der Volkskammer-Beschluss über „Maßnahmen gegen Republikflucht“ am 11. August machte nicht nur mir klar, dass die Grenzen dicht gemacht werden würden. Letztlich war der Bau der Mauer die Kapitulation des politischen Systems der DDR.

Was waren die Motive für deine „nicht genehmigte Ausreise“?

Es gab einige. Die Aufnahme an der Humboldt Uni war mir verweigert worden. Ich hatte bereits seit der Grundschule Probleme, u. a. weil ich im Posaunenchor und der Jungen Gemeinde der evangelischen Kirche engagiert war. Trotz guter schulischer Leistungen und meines Engagements bei den Jungen Pionieren wollte mir der Schulleiter den Besuch der Oberschule verweigern. Andere Lehrer halfen mir. Später „bescheinigte“

man mir, dass ich mich „mit den gesellschaftlichen Problemen kritisch auseinander gesetzt“ hätte. Diese Beurteilung sollte eigentlich in einer demokratischen Gesellschaft jedem zur Ehre gereichen. Das war in der DDR aber nicht gewünscht - zumindest wenn es von der vorgegebenen Linie abwich. Aber natürlich lockte der Westen durch sein besseres Warenangebot, höhere Löhne und Reisefreiheit - höheren Lebensstandard. Hast Du nach Deinem Weggang etwas vermisst?

Zuerst natürlich meine Eltern, meine Familie, die ich erst nach dreieinhalb Jahren wiedergesehen habe. Und natürlich war in der DDR wirklich nicht alles schlecht. Die verlogene Parteipropaganda und Ungerechtigkeiten machten die Akzeptanz schwer.

Der Alltag in Westberlin lehrte mich, auch hier die Dinge anders zu sehen. Karrierefördernde Parteimitgliedschaften und die Zusammenarbeit des Westens mit Diktaturen seien als zwei Beispiele genannt.

Du hast Dich dann auch in Westberlin politisch engagiert?

Ja, ich bin schon 1964 in die SPD eingetreten. Egon Bahr stand damals für den „Wandel durch Annäherung“. Das gefiel mir. Anfang der 80er Jahre

trat ich im Zuge der Nachrüstungsdebatte der Alternativen Liste bei. Die Bombardierung Jugoslawiens, gegen den Willen der grünen Basis, war dann nicht mehr meine Politik. Seit 2001 bin ich, nach längerer „Betrachtung“ von außen, Mitglied der Reinickendorfer PDS geworden.

Ausgerechnet die PDS, ein nicht ganz leichter Schritt...?

Nein, sicher nicht. Für mich war sie, zumindest immer noch in Teilen, die Partei, vor der ich einmal weglaufen musste. Doch ich sehe meine inneren Grundwerte heute in der LINKEN am Besten vertreten. Denn heute gilt es insbesondere, die Mauern in und um Europa zu überwinden, die viele tausend Menschen das Leben kosteten und weiter kosten werden.

Die „Erklärung der Historischen Kommission der LINKEN zum 50. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer“ auch in „Neues Deutschland“ vom 9. Juli 2011

Werner Doblies am Denkmal für die Opfer an der Berliner Mauer an der Oranienburger Straße

Foto und Interview: Jürgen Schimrock



Sechserbrückenfest 2011 - Besuchermagnet trotz Dauerregen

„N' Sechser“ als Brückenzoll für die Tegeler Hafenbrücke brauchte niemand mehr mitzubringen, dafür aber regenfeste Kleidung oder wenigstens einen Schirm. Zum 3. Sechserbrückenfest hatte der *Kunst & Kultur Tegel e.V.* am ersten Julisonntag eingeladen.

Gut zehntausend – Jung und Alt, viele Familien - ließen sich vom Wetter nicht abhalten und kamen nach

dabei nur die aufgeblähte Präsenz der Bundeswehr und ihrer militärischen Umfeldorganisationen.

Die Reinickendorfer Parteien nutzten die Gelegenheit, sich den Wählerinnen und Wählern mit ihren Kandidatinnen und Kandidaten und Programmen zur Wahl am 18. September zu präsentieren. Mit dabei: Klaus Wowereit, die Senatorinnen Lompscher, Junge-Reyer und die Reinickendorfer Politikergarde. Symbolisch: Frau Künast stand im Regen und musste eine Dreiviertelstunde lang warten, bis sie verkünden durfte, was sie denn alles anders machen würde, wenn, nun ja, wenn...

Mittendrin, flankiert vom Tegeler Schützenverein und der AWO, der Stand der LINKEN. Zwei große Luftballons „Das soziale Berlin“ - das THW machte es möglich (nochmals Danke!) - machten auf uns aufmerksam. Werner Doblies, Direktkandidat der LINKEN im Wahlkreis 3, und andere Bewerber der LINKEN für Abgeordnetenhaus und BVV, unsere unermüdeten Sympathisanten und nachmittags auch Gesundheits- und Umweltsenatorin Katrin Lompscher standen vielen Interessierten Rede und Antwort. Kompetent, sachlich und auf den Punkt gebracht, den roten natürlich.

Klaus Gloede



Katrin Lompscher im Gespräch beim Sechserbrückenfest
Foto:
Felix Lederle

Alt-Tegel. Sie erlebten ein Fest ohne Kommerz, getragen von mehr als 50 Vereinen und Organisationen. Shanty-Chor, Jagdhornbläser, Tanz- und Sportgruppen sorgten für Stimmung. Der VfL Tegel 1891 beging hier seine Geburtstagsfeier. Störend wirkte

Leserbrief

Liebe WIR-Autoren/ -innen,
für mich erscheint es höchst fraglich, ob eine Partei (CDU) sich selbst als „die Reinickendorf- Partei“ bezeichnen kann.

In der vielgestaltigen, gleichsam bunten und von verschiedensten Lebensentwürfen geprägten Gesell-

schaft, besser Gemeinschaft, mutet ein solcher Alleinvertretungsanspruch nur vergangenheitsbezogen an...

In jedem Fall danke ich auf diesem Wege der Partei „DIE LINKE“ für jahrelange Informationen aus dem Rat(los)haus Reinickendorf...

Mit freundlichen Grüßen

Manuel Fernandez

Impressum

Herausgeber:
Landesvorstand
Berlin der Partei
DIE LINKE,
V.i.S.d.P.:
Yusuf Dogan

Wir in Reinickendorf
wird vom
Bezirksverband
finanziert.

Spenden
sind ausdrücklich
erwünscht:
DIE LINKE,
Reinickendorf,
Berliner Bank,
BLZ: 100 708 48,
Kontonummer:
525 6078 00.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel

Öffnungszeiten:

Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr

Di u. Do 11.00 bis 13.00Uhr

Tel.: 4373 2630

Fax: 4373 2632

e-mail:

redaktion@die-linke-
reinickendorf.de

Am Rande Ein Hoch auf die Bundeswehr!

Die Soldaten der Bundeswehr, die, wie wir ja alle wissen, unsere Freiheit und Demokratie auch am Hindukusch verteidigen, können nicht nur bomben und schießen. Sie kümmern sich auch in den Krisengebieten um die Belange der Kinder, die ohne Familie oder andere Angehörige dastehen. Sie organisieren sich in dem Verein „Lachen helfen e.V.“ innerhalb der Bundeswehr.

Diese Familien, z. B. in Afghanistan, sind allerdings vorher bei Angriffen eben dieser Bundeswehr, die dort - Afghanistan grenzt ja bekanntlich an Deutschland und hat uns provokativ den Krieg erklärt - unsere Sicherheit verteidigt, als sogenannte Kollateralschäden umgekommen.

Doch keine Sorge, die selben Soldaten zaubern auf die Gesichter der armen Kinder wieder ein Lächeln - indem sie ihnen zum Beispiel Plüschbären schenken...

Wie weggezaubert sind fortan die Traumata dieser Kinder, und auch gleich ihre Obdachlosigkeit, ihre Armut und ihre absolute Hoffnungslosigkeit. Das ist doch mal Effizienz militärischen Handelns.

Froh sind die Soldaten der Bundeswehr. Hauptsache ist, sie können nun wieder ruhig schlafen. Bewiesen ist es nun: Deutsche Soldaten können nicht nur tapfer kämpfen und bei 60 Grad Celsius in ihren Panzern kochen - nein, denn wenn sie nicht selber sterben, können sie später ihren Opfern noch humanitäre Hilfe leisten.

Dolle Sache. Und wenn die deutsche Wirtschaft dann auch noch die zerstörte Infrastruktur wieder aufbauen hilft - und das ist ja wieder gut für unsere Konjunktur, nee, pardon, unsere Sicherheit, dann ist dieser Krieg doch 'ne runde Sache, oder?

F. Reinecke

Termine

Am Montag, 15. August, 18 Uhr Offene Mitgliederversammlung der LINKEN Reinickendorf. Diskussion des Entwurfs eines Parteiprogramms der LINKEN.

Am Sonntag, 28. August, ab 14 Uhr, 11. Hoffest im Roten Laden. Gelegenheit zum Essen und Trinken, zum Gedankenaustausch über Gott und die Welt, über die Berliner Wahlen und über uns und natürlich zum Feiern.